

Maße als bisher zur Staatsverwaltung heranzuziehen, besonders auf den kulturellen Gebieten. Der Verkehr der Intellektuellen der Deutschen Demokratischen Republik mit den Intellektuellen Westdeutschlands ist entsprechend dem neuen Kurs der Partei zu fördern.

k) Die Jugend hat sich zu einem bedeutenden Teil am 17. Juni nicht von den Provokateuren einfangen lassen, sondern ist ihnen entschieden entgegen getreten (viele Jugendliche in Berlin, im Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“, ABF-Studenten in Halle, Görlitz und in anderen Orten). Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß in einigen Zentren der Provokationen (Berlin, Magdeburg, Halle) Teile der Jugend sich von den Provokateuren irreführen und mißbrauchen ließen. Diese Tatsachen haben ernsthafte Schwächen in der Arbeit der Freien Deutschen Jugend gezeigt, die hauptsächlich in der mangelhaften Erziehungsarbeit unter der Jugend liegen. Die Arbeit unter der Jugend ist für die Partei von großer Bedeutung. Die FDJ verkörpert die Einheit der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Aufgabe der Parteioorganisationen besteht darin, den Beschluß des 8. Plenums des ZK zur Jugendfrage zu verwirklichen und der FDJ kameradschaftlich zu helfen, die ganze Jugend zu gewinnen, indem sie sich ihrer täglichen Sorgen und Nöte annimmt, ein frohes Jugendleben entfaltet und vor allem die Jugend im Geiste des Friedens und der patriotischen Gesinnung, der Demokratie und des Sozialismus erzieht.

l) Den übrigen Massenorganisationen (DFD, VdGB [BHG], Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Kulturbund u. a.) hat die Partei durch Anleitung ihrer Mitglieder in diesen Organisationen zu helfen, ihr eigenes Leben zu entfalten und sich in erster Linie den besonderen Aufgaben zuzuwenden, die dem Charakter der jeweiligen Organisation entsprechen. Die Tendenzen zur allgemeinen Gleichartigkeit der Arbeit aller dieser Organisationen sind zu überwinden.

m) Im Verhältnis der Partei zu den Staatsorganen ist ebenfalls eine Änderung herbeizuführen. Die bisher oft geübte schlechte Praxis der Übernahme von Verwaltungsfunktionen durch die Partei kann nicht mehr geduldet werden, weil sie einerseits der Partei Arbeit aufbürdet, die sie nicht durchführen kann, und andererseits die Funktionäre der Verwaltungsorgane zu Unselbständigkeit und Verantwortungsscheu erzieht. Dabei wird die führende Rolle der Partei gewahrt bleiben, indem sie ihre Mitglieder in den Verwaltungsorganen anleitet, sie zu